



Vom Musterschüler zum Unhold

Beobachtungen aus Sachsen

Alexandra Gerlach

Sie lasse sich nicht einschüchtern und verzage nicht, sagt Susanne Schaper und strafft die Schultern. Die zierliche, gelernte Krankenschwester aus Chemnitz, Jahrgang 1978, ist seit Jahren politisch aktiv für die Partei „Die Linke“. Sie ist seit 2009 Stadträtin der Stadt Chemnitz und Vorsitzende ihrer Fraktion im Stadtrat. Seit 2014 sitzt sie als gewählte Abgeordnete für ihre Partei im Sächsischen Landtag. Die engagierte Sozialpolitikerin hat sich mit ihrer zupackenden Art nicht nur Freunde gemacht in ihrer Stadt. Vor kurzem hat sie ihr Abgeordnetenbüro auf dem Chemnitzer Sonnenberg, einem ehemaligen, klassischen Arbeiterviertel in der drittgrößten Stadt Sachsens, aufgeben müssen. Nach 22 Anschlägen auf ihr Büro in nur 17 Monaten hat ihr der Vermieter gekündigt. Farbbeutelattacken, eingeschlagene Scheiben, Tierkadaver vor der Tür und eimerweise Farbe im Eingangsbereich waren der Kündigung vorausgegangen. Die Suche nach einem neuen Büro gestaltet

sich schwierig, niemand will an sie vermieten aus Angst, seine Immobilie gleichfalls zum Ziel solcher Attacken zu machen.

Susanne Schaper macht sich Sorgen um den Zustand des Landes und seiner Gesellschaft. Was ist hier passiert? Warum erlebt der politische Diskurs solche Exzesse der Gewalt und der Verrohung, die sich nahtlos im Netz fortsetzen und sich in massiven Drohungen gegen die junge Politikerin und ihre Familie manifestieren? Woher kommt dieser Extremismus, obwohl es doch den allermeisten im Freistaat materiell gut geht, ja viel besser geht, als vor dem Mauerfall?

Inzwischen trägt die Fülle der Vorkommnisse, wie Anschläge auf Abgeordnetenbüros, fremdenfeindliche Aufmärsche, Hassparolen bei Pegida-Demonstrationen bis hin zu den Sprengstoff-Anschlägen auf eine Dresdner Moschee sowie das Dresdner Tagungs- und Kongresszentrum immer mehr zur Stigmatisierung des gesamten Freistaates bei. Internationale Kongresse wurden abgesagt,

Politische Polarisierung:
Überspraytes Graffiti „I love NS“
in Chemnitz
Foto: Alexandra Gerlach

- 1 Gert Pickel/Oliver Decker (Hrsg): Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme. Leipzig 2016.
- 2 Hans Vorländer/Maik Herold/Steven Schäller: PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Wiesbaden 2016.
- 3 Jasper von Altenbockum: Sächsische Nuancen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.12.2016.

Investoren halten sich merklich zurück, ausländische Spitzenforscher geben dem Ruf aus Dresden einen Korb und die Tourismuszahlen für „Elbflorenz“ sind gerade bei den deutschen Gästen deutlich eingebrochen. Der Fall vom Musterschüler zum Unhold ist tief. Eine solche Stigmatisierung eines Bundeslandes habe es bislang noch nicht gegeben, stellen die beiden Extremismus-Forscher, Gert Pickel aus Leipzig und Oliver Decker aus Dresden fest.¹

Was ist passiert? Ist Sachsen anders? Das fragen sich viele seit den Angriffen auf einen Flüchtlingsbus im erzgebirgischen Clausnitz, dem Brand eines zum Flüchtlingsheim umgewidmeten Bautzener Hotels und angesichts der andauernden montäglichen so genannten Abendspaziergänge der islam- und ausländerfeindlichen PEGIDA-Bewegung in Dresden. Warum eskalieren Wut und Gewalt nicht nur in städtischen, sondern vielfach in den ländlichen Gegenden des Freistaates? Wie ist es zu erklären, dass sich hasserfüllte Botschaften im Internet ausbreiten wie eine Virusgrippe? Der alltägliche Rassismus im Netz richtet sich zwischenzeitlich gegen alles was fremd ist, auch gegen Westbürger, die seit Jahren im Freistaat Sachsen leben. Was ist schief gelaufen im Land des einstigen mitteldeutschen Klassenprimus?

In den zurückliegenden zweieinhalb Jahrzehnten seit dem Mauerfall habe es große soziale, ökonomische Umwälzungen gegeben, das Umfeld habe sich verändert, die öffentliche Infrastruktur sei zum Teil sehr defizitär geworden, sagt der Politologe Prof. Hans Vorländer von der TU Dresden. Die Versorgung mit Ärzten oder öffentlichem Personen- und Nahverkehr sei schlechter geworden, das alles seien solche Wandlungen, die in den letzten 25 Jahren das Feld so richtig umgepflügt und die Menschen habe skeptischer werden lassen. Viele seien womöglich auch traumatisiert, sagt Vorländer. Er hat an seinem Lehrstuhl die erste systematische Analyse des PEGIDA-Phänomens auf Basis der vorliegenden empirischen Studien vorgelegt. Über Monate waren er und seine wissenschaftlichen Mitarbeiter unterwegs, haben Hunderte von Interviews mit wütenden und besorgten Bürgern geführt, die sich regelmäßig den montäglichen PEGIDA-Spaziergängen durch die dann fast menschenleere Dresdner Innenstadt anschließen. Die ursprünglich islamfeindlich orientierte Bewegung stellt inzwischen ganz ungeniert und offen die „Systemfrage“. Es

handele sich um eine rechtspopulistische Empörungsbewegung, sagt Vorländer, die fremdenfeindliche und islamkritische Ressentiments mobilisiere und dabei grundsätzliche Vorbehalte gegenüber den politischen und medialen Eliten zum Ausdruck bringe.²

Hinzu kommen die Auswüchse eines gruppenspezifischen, landsmannschaftlichen Überlegenheitsgefühls als neues Mittel politischer Radikalisierung – Vorländer spricht von einem „Sachsen-Chauvinismus“. Dieser stärke das Wir-Gefühl und schaffe zugleich Identität, die wiederum starke Abwehr gegen von außen aufgedrängte Veränderungen schaffe. Dieses Phänomen gibt es auch in Bayern, wo es jedoch keineswegs mit Extremismus verbunden ist.³ Das Klima ist aufgeheizt, die Stimmung entlädt sich in den Echoräumen des Internets und bricht sich Bahn in der steigenden Zahl von Übergriffen gegen Flüchtlingseinrichtungen und Menschen, die vor Krieg und Tod geflohen sind.

Der Politologe Vorländer spricht von „aufgestauter Aggressivität“, die jetzt frei wird. Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise erlebte auch die PEGIDA-Bewegung hohen Zulauf, nachdem sich zuvor die selbsternannte Bürgerbewegung stark zurückgebildet hatte. Doch die politische Großsituation nach dem September 2015 habe dazu geführt, so der Politikwissenschaftler, dass viele gedacht hätten, „wir haben jetzt seit 15, 16 Monaten immer wieder darauf hingewiesen, auf den Straßen, dass sich etwas ändern muss, bei der Einwanderungspolitik, bei Flüchtlingen, bei Migration und sie sagen, es ist alles nur noch schlimmer geworden, es wird immer mehr, es hört gar nicht mehr auf.“

Wie sich diese Aggressivität entlädt, hat der Meißener Bauunternehmer, Ingolf Brumm im Juni 2015 erlebt. In der Nacht, als auf ein von ihm frisch saniertes Haus, das als Flüchtlingsunterkunft bestimmt war, ein Brandanschlag verübt wurde. Als er damals mitten in der Nacht mit seiner Frau vor dem brennenden Gebäude stand – so berichtet der Unternehmer – habe eine Menschentraube von ca. 150 Leuten draußen vor dem Haus gestanden, ihn angepöbelt und angeschrien. Viel Häme sei dabei gewesen, erinnert er sich noch lange später.

Doch warum eskaliert die Lage ausgerechnet in Sachsen? Ein Grund sei, dass Sachsen schon immer ein ungeklärtes Verhältnis zu den rechtsextremen Gruppierungen gehabt

habe, sagt der Politologe Hans Vorländer. Lange Zeit sei das Thema Rechtsextremismus in Sachsen einfach negiert worden. Das sieht auch die ehemalige Grünen-Politikerin Antje Hermenau so, die heute als Unternehmerin den sächsischen Mittelstand berät. Sie glaubt zudem, dass viele ihrer sächsischen Landsleute ebenso wie die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas ganz grundsätzlich immer noch mit dem westlichen Politik- und Wirtschaftssystem fremdeln. Ihre Kernthese lautet: Die meisten Ostdeutschen hätten eine grundlegende Kritik daran, wie der Westen „unseren“ Alltag managt, unsere Rahmenbedingungen. Das betreffe nicht nur die Zuwanderung, aber da falle es am meisten auf. Die Flüchtlingspolitik wirke auf die Bürger absolut planlos und chaotisch und unbedacht. Hinzu kämen die ungelösten Probleme, wie etwa die Eurokrise, die schon seit Jahren schwele und keiner habe das Gefühl, dass irgendetwas im Positiven aufgelöst sei. Es gebe daher eine fundamentale Kritik an der Unfähigkeit der Politik, komplexe Probleme zu bearbeiten, und da offensichtlich in den etablierten Parteien das nicht gehört und nicht weitergetragen werde, sagten die Leute, ok, dann gehe ich eben zu PEGIDA.

Der Angriff auf einen Flüchtlingsbus im erzgebirgischen Clausnitz und der Brand in einer geplanten Flüchtlingsunterkunft in Bautzen stehen im Jahr 2016 für eine neue Stufe der Eskalation. Der Leiter des 2012 gegründeten Operativen Abwehrzentrums, der Leipziger Polizeipräsident Bernd Merbitz, warnte im Sommer vor einer „Pogromstimmung“ in Sachsen. In einem Interview mit dem Mitteldeutschen Rundfunk deutete Merbitz ein düsteres Szenario an: „Die Entwicklung, die wir in den letzten Monaten sehen, da bin ich fest der Überzeugung, dass wir diese Entwicklung stoppen müssen, ich habe aber die Befürchtung, dass sie weitergeht, und das auch im Fall Clausnitz insbesondere, wo es schon wieder Kommentare dazu gibt, die es begrüßen, die das gut finden, was man nicht gutheißen kann, und aus dem Grund bereiten wir uns schon vor, dass derartige Nachahmungseffekte schon im Freistaat Sachsen von stattem gehen können.“

Sachsen hat angesichts der Ereignisse seine Spar- und Stellenabbaupläne für die Sicherheits- und Justizorgane ad acta gelegt und will Polizeikräfte aufstocken sowie mehr Justizpersonal ausbilden und einstellen. Doch es wird dauern, bis diese Personalplä-

ne mit versierten Kräften umgesetzt werden können. Das Vertrauen der Bürger ist jedoch schon jetzt erschüttert und der Imageschaden für das Land bereits enorm: der Freistaat wirkt stigmatisiert. Die Früchte der jahrelangen Aufbauarbeit sind akut gefährdet.

Das Bekenntnis von Sachsens Regierungschef, Stanislaw Tillich, im Sächsischen Landtag im Frühjahr 2016, in dem er – wie viele Beobachter kritisch anmerkten – endlich – Klartext zu diesem Thema sprach, kam spät. Sichtlich unter dem Eindruck der aktuellen Ereignisse erklärte Tillich damals: „Ja es stimmt, Sachsen hat ein Problem mit Rechtsextremismus und es ist größer als viele, ich sage es ehrlich, auch ich, es wahrhaben wollten.“ Den Worten des Regierungschefs folgten Taten. Mehr Geld für Polizei und Justiz, für politische Bildung und Anti-Extremismus-Initiativen.

Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe stehe dem Land bevor, meint auch der Meißener Bauunternehmer Ingolf Brumm. Auch er habe das Gefühl, dass in diesem Land wirklich etwas geändert werden müsse, sagt er. Eine wahre Demokratiebewegung müsse entstehen. Das setze natürlich voraus, dass jeder Mensch sich auch dazu bekenne und aktiv werde, sagt der Unternehmer. Auch er will sich nicht unterkriegen lassen, obwohl und gerade, weil er sich von der Landes- und der Kommunalpolitik im Stich gelassen sah.

Woher kommt die Unruhe in der Gesellschaft? Eine der Ursachen liege in der Gottesferne ganzer Landstriche im Osten, vor allem in Sachsen, sagt Frank Richter, bis Januar 2017 Direktor der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen. Der ehemals katholische Kaplan und Mitgründer der „Gruppe der 20“ in Dresden in der Zeit der Friedlichen Revolution sagt: „Dieses Land ist ausgetrocknet in einer Weise, wie man es sich woanders gar nicht vorstellen kann. Viele Menschen fragen sich nach dem Sinn des Lebens und finden keine Antwort. Und viele fragen gar nicht mehr.“⁴

Richter beklagt, dass die ethisch-geistigen Grundlagen unseres demokratischen Gemeinwesens schwach ausgebaut und an einigen Stellen „erkennbar bröckelig“ seien. Diese Grundlagen müssten bewahrt oder dringend neu gelegt werden, sagt der Theologe. Die Entfremdung der Bürger von Gott und Kirche sei nicht nur ein Ergebnis der DDR sondern liege durchaus auch in der Nachwendzeit. Für die Kirche, die während des politischen Aufbruchs in der DDR

⁴ Stefan Locke: Der Vermittler. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.12.2016.

5 Ebenda.

6 Ebenda.

einen sicheren Raum für Debatte und politischen Disput geboten habe, seien damals vordergründig goldene Zeiten angebrochen. Tatsächlich seien die Menschen jedoch mit sich selbst beschäftigt gewesen, in einer Zeit, in der vieles Bewährte von jetzt auf gleich weggebrochen sei. Auch die Kirche, die institutionalisierte Kirche habe sich von den Menschen entfernt, sagt Richter. Das von der Bundesrepublik übernommene System der Kirchenorganisation sei viel zu groß und unpassend für die Lebenswirklichkeit im Osten gewesen, kritisiert der Dresdner Theologe.

2009, 20 Jahre nach dem Mauerfall, gerät Sachsen erstmals in eine tiefere Krise. Die Zeiten des dynamischen Aufbruchs und Aufbaus sind vorbei, das Bundesland Sachsen ist kein Junior mehr im bundesdeutschen Föderalismus. Strahlend präsentiert sich der Primus unter den fünf Ländern Mitteldeutschlands nach außen. Doch unter der Oberfläche brodelte es.⁵ Politikverdruss und Unzufriedenheit dokumentieren sich in sinkenden Zahlen bei der Wahlbeteiligung, zugleich erhielt die rechtsextreme NPD Auftrieb und schaffte zwei Mal in Folge den Einzug in das sächsische Landesparlament. In Dresden ringen die politischen und gesellschaftlichen Kräfte um den angemessenen Umgang mit dem öffentlichen Gedenken am Jahrestag der Zerstörung der Stadt 1945. Es gilt dem über die Jahre entstandenen und zu DDR-Zeiten gepflegten, reinen „Dresdner Opfermythos“ entgegenzuwirken, der regelmäßig von Gruppierungen des rechten Spektrums propagandistisch ausgeschlachtet und mit Schweigemärschen am Tag des Gedenkens, dem 13. Februar, propagandistisch instrumentalisiert wird. Eine eigens eingesetzte Historikerkommission erhielt den Auftrag, zu erforschen, wie viele Opfer es in jener Brandnacht tatsächlich gegeben hat. Die Versachlichung des hochemotionalen Themas soll den postfaktischen Parolen und Formeln der NPD und ihrer Anhänger Paroli bieten und zudem das Fundament für einen modernen und angemessenen Umgang mit dieser schwierigen Thematik liefern. Am Ende kommt es zu einem großen, gesamtgesellschaftlichen Engagement. Tausende Menschen schließen sich im Moment des Gedenkens zu einer Menschenkette rund um die Dresdner Innenstadt zusammen, um einen mächtigen symbolischen Wall gegen den politischen Missbrauch dieses Tages durch Rechtsextremisten zu bilden.

Dieser Konflikt, so stellt Frank Richter zwei Jahre vor dem Entstehen der Pegida-Bewegung fest, sei exemplarisch für den gesamten Freistaat. Volk und Repräsentanten finden nicht mehr zusammen, die Bürger blockieren sich gegenseitig, und gerade auf dem Land, wo der Ton eher rau sei, dienen Veranstaltungen „oft als Ventil für Wut und Misstrauen gegenüber Politik und staatlicher Ordnung“. Bürger litten an einem negativen Gefühlsstau, an Nachwende-Verletzungen, Rückschlägen und Zurückweisungen.⁶

Auf dem Land kommt noch eine weitere Komponente hinzu. Da die demographische Entwicklung gepaart mit einer langjährigen hohen Abwanderungsquote junger Menschen gerade Sachsen zu einem Musterland für Entvölkerung und Überalterung macht, muss die Politik reagieren. Anpassung der Strukturen heißt das Zauberwort und meint großflächige Einsparungen und Zusammenlegungen von Infrastruktur im ländlichen Raum.

In der Folge macht sich bei denen Unmut breit, die mit diesen Kürzungen im Alltag zurecht kommen müssen, massive Einschränkungen etwa im öffentlichen Nahverkehr, bei der schulischen und medizinischen Versorgung bis hin zu den Einkaufsmöglichkeiten und nicht zuletzt der aktiven kirchlichen Präsenz. Das Gefühl des Abgehängtseins schlägt aufs Gemüt und auf das Selbstbewusstsein. Ohnmacht und manchmal auch Wut lassen sich leicht in politische Bekenntnisse ummünzen. Ein Effekt, der sich auch international im Abstimmungsverhalten beim britischen Brexit-Referendum oder in den Bundesstaaten des weitgehend de-industrialisierten so genannten Rust-Belt im letzten US-Wahlkampf beobachten ließ. In den ländlichen Regionen Sachsens, etwa in der Lausitz oder im Erzgebirge, findet man viele Beispiele für „abgehängte“ Gemeinden. Seit der Freistaat vor wenigen Jahren eine umfassende Gemeindegebietsreform durchgeführt und die Zahl der Landkreise faktisch halbiert hat, haben vor allem die Mittel- und Oberzentren Entwicklungschancen. Die kleinen Gemeinden sind vielfach gezwungen zu fusionieren, sonst droht der Finanzkollaps. So auch in Pfaffroda am Erzgebirgskamm. Mit dem Neujahrstag 2017 endete hier eine mehr als 800-jährige Geschichte der Eigenständigkeit. Da die Gemeinde mit ihren rund 2.500 Einwohnern in den letzten Jahren mehr als tausend Bürger durch Abwanderung verloren hat und es

inzwischen auch kaum mehr Busverbindungen und keine neue Infrastruktur gibt, sahen die Gemeinderäte keine Zukunft mehr und entschieden sich für eine aktive Fusion mit dem Nachbarort Olbernhau. Eine umstrittene Entscheidung, aber wohl ohne Alternative, denn seit der ersten Fusion mit benachbarten Dörfern im Jahr 1999 gibt es keine Schule mehr im Ort, geblieben ist der Kindergarten. Auch zwei Bäcker gibt es noch und einen Dorfladen, um dessen Einrichtung und Existenzberechtigung lange und intensiv bis heute gekämpft wurde und wird. Ohne Fusion gibt es keine Zukunft. Bauchschmerz bereitet die Entscheidung trotzdem sogar dem stellvertretenden, ehrenamtlichen Bürgermeister, Michael Rudolph, der die Fusion mit ausgehandelt hat. Er sagt, er sei davon überzeugt, dass die Entscheidung richtig ist und doch empfindet er es als Mangel in seiner Vita, dass ausgerechnet er, nach über 800 Jahren Pfaffroda, einer der Verantwortlichen ist, der das Dorf abwickelt. „Das Dorf war und ist auch Identität“, sagt Rudolph. Aus Sicht des Kommunalpolitikers Rudolph, der von Haus aus ein Liberaler ist, hat die Landespolitik des Freistaates Sachsen die Weichen schon vor Jahren falsch gestellt. Mit der Konzentration auf die urbanen Ballungszentren seien die ländlichen Regionen ins Abseits gestellt worden. Das habe nun gravierende Folgen, sagt Michael Rudolph, und er habe einfach Angst, dass irgendwann mal ein Erwachen kommt und dass die Leute sagen: „Wenn Ihr uns nicht braucht, brauchen wir Euch auch nicht.“ Diese Sorge sei berechtigt, meint Prof. Everhard Holtmann, Forschungsdirektor des Zentrums für Sozialforschung in Halle an der Saale. Er sieht durchaus einen Zusammenhang zwischen demografischer Entwicklung, vor allen Dingen etwa auch zwischen den beiden Faktoren Abwanderung bzw. Alterung der Gesellschaft einerseits und den Potenzialen, den Reserven, der Bereitschaft, sich politisch und bürgerschaftlich zu engagieren andererseits. Besonders kritisch sei es, wenn die negative demografische Entwicklung ein signifikantes Abschmelzen der lokalen Infrastruktur nach sich ziehe, sagt Politologe Holtmann. Zwar gebe es derzeit noch keine belastbaren empirischen Belege dafür, dass ein gravierender Bevölkerungsschwund und der Abbau der Infrastruktur vor Ort einen deutlichen Effekt auf die Wahlentscheidungen der Bürger entfalte. Aber es gebe durchaus Beobachtungen, die derartige Schlüsse möglich

erscheinen ließen, formuliert Holtmann vorsichtig und führt an, das sei ein ganz kritischer Punkt, der in den letzten Jahren besonders stark in das Bewusstsein gerückt ist, auch vor dem Hintergrund, dass die Quote der Nichtwähler ja doch signifikant angestiegen war und das dann umgekehrt auch bei den jüngsten Wahlen sich aus diesem Nichtwählerpotential doch viele zu einem Votum für rechtspopulistische Angebote entschlossen haben.

Gerade die Nichtwähler machen auch dem stellvertretenden Bürgermeister von Pfaffroda große Sorgen. Wenn 50 Prozent nicht mehr wählen, sagt Michael Rudolph, haben wir diese nicht nur verloren sondern abgehängt. Doch wer wird davon profitieren?

Selbst der Politiker, der die schmerzhaften Anpassungsprozesse seiner Gemeinde gestalten und auch durchsetzen muss, hadert von Zeit zu Zeit mit dem System. Unterstützung oder gar Wertschätzung für die harte Kärnerarbeit gebe es kaum, sagt er, und gerade in Zeiten der Flüchtlingskrise werde es schwer, der Landbevölkerung zu vermitteln, dass es zwar kein Geld für den öffentlichen Nahverkehr, wohl aber Millionen für die Flüchtlingshilfe gebe. Was die Gemeinde Pfaffroda für die Zukunft brauche, sei ein klug durchdachtes Siedlungsprogramm. Ohne attraktive Bedingungen kämen keine neuen Familien in die Region, sagt Rudolph, und die Pfaffrodaer Gemeinderätin Matthes stimmt ihm zu, das sei ein „Teufelskreis“! Sie warnt eindringlich davor, die ländlichen Regionen abzuhängen, „wenn das jetzt noch 10 Jahre so weitergeht, kriegen wir Probleme, die werden wir nicht mehr beherrschen.“

Wie Pfaffroda geht es vielen Dörfern – nicht nur im Erzgebirge. Die Unsicherheit schafft Unzufriedenheit bei den Bürgern, die auch Wähler sind. Aus Sicht des Hallenser Politologen Everhard Holtmann muss die Politik hier handeln, stärker als bisher und vielleicht auch systematischer als das bisher angegangen worden ist. Wissenschaftler beobachten, dass Bürger in ländlichen Regionen eher konservativ, im Sinne von „das Gewohnte“ wählen. Die politische Präferenz der Wahlentscheidung und auch die Wahlbeteiligung selbst hängen einerseits stark vom Lebensalter ab, andererseits spielt die politische Sozialisation durch das Elternhaus, den Freundeskreis und das soziale Umfeld eine große Rolle. Ältere gehen eher zur Wahl als Jüngere und je nachdem, welche Bevölkerungsgruppe eine Region verlas-

se, könne das einen Effekt auf den Ausgang einer Wahl oder eines Referendums haben, so wie man es zuletzt in Großbritannien beobachten konnte, sagt Frank Meyer, Diplom-Geograph und Doktorand am Leipziger Leibniz-Institut für Länderkunde.

Einigkeit besteht in der Wissenschaft, dass die Wahlentscheidung stark geprägt wird von eigenen Interessen, der persönlichen Lebenssituation und der Frage, ob die zur Abstimmung stehenden politischen Positionen für die eigenen Belange förderlich sind oder nicht.

Im Rahmen einer empirischen Forschungsstudie zu Lebensqualität und Zukunftsperspektiven hat sich ein Forscherteam des Leipziger Leibniz-Instituts für Länderkunde seit 2013 drei Jahre lang mit dem Ostthüringer Landkreis Altenburger Land beschäftigt. Einer Region, die nach dem Mauerfall stark deindustrialisiert wurde und die von hoher Abwanderung gezeichnet ist.

In manchen Siedlungen des Altenburger Landes leben heute 75 Prozent weniger Jugendliche als noch vor 20 Jahren. Die Berufsperspektiven sind woanders besser. In der medialen Berichterstattung erscheint die Region abgehängt. Wie erfahren Menschen das Leben in einer derart benachteiligten Region? Und was für eine Wirkung entfalten die Negativ-Schlagzeilen über den Standort auf den Einzelnen? Das waren Kernfragen, die die Leipziger Wissenschaftler erforschen wollten. Am Anfang seien ihnen die Interviewpartner mit größter Vorsicht begegnet, sagen die beiden Geographen Judith Miggelbrink und Frank Meyer. Doch dann hätte sich sowohl in den Einzelinterviews als auch in den Gruppendiskussionen immer mehr gezeigt, dass viele der Befragten die Interviews als geradezu befreiend empfunden hätten. Hier konnten sie ihre Sorgen endlich einmal zum Ausdruck bringen. Ein Interview als Ventil? „Ja“, meint Frank Meyer, der viele dieser Interviews geführt hat.

Zugleich werfe die Studie erneut die Frage auf, wie weit sich der Staat überhaupt zurückziehen dürfe, sagt Projektleiterin Judith Miggelbrink. Diese Debatte laufe schon länger in der Wissenschaft unter dem Stichwort „Selbstverantwortungsräume“ und sei auch dort hoch umstritten, weil es natürlich erst mal ganz viele auch rechtliche Implikationen nach sich zieht. Also wie weit darf sich denn ein Staat auch überhaupt zurückziehen? Wie steht es mit der Garantie gleichwertiger Lebensbedingungen?

Besonders überrascht hat die beiden Wissenschaftler die Reaktion der Befragten auf die Einsparungen bei der Kirche. Die Kürzung von Pfarrstellen schaffe größte Unsicherheit, so ihr Befund. Sie hätten die Wahrnehmung, dass Menschen dies eben als Zeichen deuten, dass das Leben in dieser Region eben nicht mehr so von Vorteil zu sein scheint. „Wenn im Pfarrhaus kein Licht mehr brennt, dann sind wir eigentlich von allen verlassen“, so eine zentrale Erkenntnis aus dieser Studie.

Da muss der jüngste Beschluss der evangelischen Landessynode Sachsens in den Ohren vieler Bürger wie eine Hiobsbotschaft klingen. Die Kirche plant bis 2040 einen drastischen Abbau bei den sächsischen Pfarrstellen um 40 Prozent. Von den derzeit 550 Gemeindepfarrern bleiben dann nur noch 320 im Freistaat übrig. Der Grund: In den kommenden 25 Jahren rechnet die evangelische Kirche in Sachsen damit, knapp 300.000 Mitglieder zu verlieren.

Festzuhalten ist: Der demografische Wandel führt zunehmend zu einer Schwächung des ländlichen Raumes. In Zeiten großer ökonomischer Umbrüche, einer rasanten Digitalisierung, sicherheitspolitischer Unsicherheiten und vieler anderer Ungewissheiten, reagieren die Bürger besonders empfindlich auf den Abbau von Infrastruktur in ihren Gemeinden. Gefühle der Vernachlässigung entstehen, die sich schnell in Ohnmacht und Wut verwandeln können. Eine Steilvorlage für Populisten und eine Gefühlslage, die, wie Frank Meyer vom Leipziger Leibniz-Institut für Länderkunde bilanziert, ihre Wurzel in den 25 Jahren des Wiederaufbaus hat: „Wir haben im Osten Deutschlands noch den Sonderfall, dass der Rückzug der DDR und das, was ökonomisch und arbeitsplatzbezogen Anfang der Neunziger passiert ist, als ein gesellschaftliches Rahmen-Narrativ im ländlichen Raum, ein Fakt ist. Leute werden immer wieder, wenn Sie das erfahren haben oder davon erzählt bekommen, darauf zurückführen, dass ja wieder ein Ausverkauf bevorsteht. Erst kamen die Wessis, jetzt kommt jemand anders. Ob das so wahr ist und ob das so gewesen ist, spielt keine Rolle mehr. Es ist ein gesellschaftliches Narrativ in bestimmten Schichten.“

Diese Aussage könnte ein wichtiger Fingerzeig sein für Parteien, Strategen und Politiker, mit Blick auf die nächste Bundestagswahl 2017. In Sachsen wird 2019 ein neuer Landtag gewählt.

Autorin

Alexandra Gerlach
Meißen